

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 40 (1961)
Heft: 1

Artikel: Herbert Morrisons Lebenserinnerungen
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337266>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Herbert Morrisons Lebenserinnerungen

Um Herbert Morrison, vor fünf Jahren noch Anwärter auf die Führung der Labour Party, ist es still geworden. Mit seinem Verzicht auf eine neue Kandidatur ins Unterhaus 1959 und seiner Annahme eines nichterblichen Adelstitels mit einem Sitz im Oberhaus hat er sich aus der aktiven Politik zurückgezogen. Jetzt legt er als 73jähriger seine Lebenserinnerungen vor (*Herbert Morrison, An Autobiography by Lord Morrison of Lambeth, P. C., C. H.*, London 1960, Verlag Odhams Preß, 336 Seiten, Preis 30 Shilling). Sie sind keine Sensation, und obwohl sie eine gute Zahl an Meditationen enthalten, sind sie auch kein Kompaß aus dem Wirrnis der ideologischen und politischen Differenzen, die die Partei erschüttern, der Morrisons Lebenswerk galt. Der Leser erhält nur einen ziemlich allgemein gehaltenen Rat, Labour dürfe auf seine sozialistische Zielsetzungen nicht verzichten. Die Kontroverse um die Kernwaffen wird überhaupt nicht erwähnt, ebensowenig wie Morrisons Mahnungen in den Jahren von 1950 bis 1955, die Aufgabe Labours liege mehr in der Konsolidierung des von der Arbeiterregierung der Nachkriegszeit Erreichten als in weiteren, an die Wurzeln der Gesellschaftsordnung greifenden Reformen. Nichtsdestoweniger sind Morrisons Memoiren ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der britischen Arbeiterbewegung, in der er, der große Organisator und Propagandist, eine Sonderstellung einnahm. Die führenden Funktionäre Labours sind alle entweder aus der Gewerkschaftsbewegung in die Politik gekommen (wie zum Beispiel *Bevin* und neuerdings *George Brown*) oder sind Intellektuelle, wie *Attlee* und *Gaitskell*, die ihr persönliches Schicksal mit dem der Bewegung verbanden. (Auch *Bevan* gehörte in die erste Kategorie, obwohl sich sein späterer Aufstieg im Kampf mit der Gewerkschaftsführung vollzog.) Morrison hingegen ist der einzige Funktionär proletarischen Ursprungs – Sohn eines Londoner Polizisten und einer Magd –, der ohne jede gewerkschaftliche Bindung seine führende Stellung in Partei und Staat erreichte. Andere haben vor Morrison Memoiren veröffentlicht, deren sehr offenherzige und subjektiv gehaltene Schilderungen früherer Kämpfe um die Parteiführung Labour nicht gerade genutzt haben. Morrison, der in diesem Zusammenhang erwähnt wurde, vermeidet es, auf Indiskretionen mit der gleichen Münze zu antworten, setzt sich aber gegen Hugh Daltons Behauptung zur Wehr, er habe 1945, nach dem Wahlsieg, der Labour an die Macht brachte, den Posten des Premierministers für sich verlangt. Bei aller Zurückhaltung, die sich Morrison auferlegt, verbirgt er jedoch kaum seinen Ärger über Clement Attlee, den er dafür verantwortlich macht, daß ihm versagt geblieben war, worauf er Anspruch zu haben glaubte: die Partei, der er durch Jahrzehnte gedient hat, wenigstens

sonen im Ausland vorsieht. Dieses Tempo hat gewissen Leuten nun mißfallen; man hat den Bundesrat kritisiert, er habe die Probleme nicht gründlich genug geklärt und sei dem Druck der «Straße» – wie sich diese Kreise in wenig demokratischer Weise auszudrücken pflegen – gewichen. Man hat verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet, obschon es in erster Linie darum geht, die interessierten Gruppen weiterhin ungestört am Ausverkauf unseres Bodens profitieren zu lassen. Diese Opposition ist um so unverständlicher, als der Entwurf des Bundesrates bezüglich der vorgeschlagenen Maßnahmen äußerst bescheiden war und für uns Sozialisten einen vorläufig noch ungenügenden Anfang darstellt. In den Beratungen des Nationalrates wurden auch alle sozialdemokratischen Minderheitsanträge abgelehnt, so vor allem die Bestimmung, daß die Genehmigungspflicht auch bei Erwerbern zur Anwendung kommen solle, die sich nicht über eine Wohnsitzdauer von mindestens fünf Jahren in unserem Lande ausweisen können. Damit hätte verhindert werden können, daß der Beschuß durch eine noch längere Praxis der Aufenthaltsbewilligungen in einzelnen Kantonen zu umgehen ist und daß vor allem der begüterte Ausländer, der für kurze Zeit bei uns weilt, weiterhin Land zusammenkaufen kann. Auch eine schärfere Fassung der Verweigerungsgründe wurde abgelehnt und vor allem nicht dafür gesorgt, daß eine zentrale Stelle den gleichmäßigen Vollzug in den Kantonen durchsetzen kann.

Wie hart um Maßnahmen auf dem Gebiete des Bodenrechts gekämpft werden muß, geht auch daraus hervor, daß der Ständerat sich weigerte, die Vorlage noch in der Dezembersession zu behandeln. Das Argument der Zeitknappheit diente einmal mehr dazu, den einigen Leuten offenbar unangenehmen Entscheid nochmals hinauszuschieben. Das wird uns aber nicht hindern, die dürftige Vorlage nur als ersten Schritt zu betrachten und nach wie vor dafür einzutreten, daß der Bodenspekulation schlechthin auf den Leib gerückt wird. Eine Gesamtkonzeption der Bodenpolitik anzustreben, ist eine der vordringlichsten innenpolitischen Aufgaben. Wenn mit dem Schlagwort «der Schweizer Boden dem Schweizervolk» heute auch von bürgerlicher Seite gegen die Ausländerkäufe Front gemacht wird, dürfen wir ruhig feststellen, daß heute leider schon der größere Teil unserer Bevölkerung keinen eigenen Boden mehr besitzt und daß es eine privilegierte Schicht ist, die Grund und Boden kontrolliert. Dieser Entwicklung gilt es auf der ganzen Linie zu steuern, wenn nicht staatspolitische, wirtschaftliche und kulturelle Folgen von schwerwiegendster Tragweite eintreten sollen.

Die Bundesversammlung hat sich auch mit der Kontrolle der Miet- und Pachtzinse befaßt. Die landwirtschaftlichen Pächter dürfen mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß die *Kontrolle der landwirtschaftlichen Pachtzinse* dauernd durch ein Bundesgesetz verankert worden ist. In diesem Sektor hat man eingesehen, daß der Grundsatz von Angebot und Nachfrage nicht spielt

und daß korrigierend eingegriffen werden muß, wenn nicht der wirtschaftliche Ruin einzelner Bauernbetriebe riskiert werden will. – Auf dem Gebiete der Wohnungsmieten fehlt entweder das Verständnis für die besondere Marktlage und die Stellung des Mieters oder aber werden bewußt die Interessen der Hauseigentümer gefördert. Der *Ausführungsbeschuß zur Mietzinskontrolle* läßt den Mietern für die nächsten Jahre keine großen Hoffnungen. Die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge wurden fast durchweg abgelehnt. Obschon der Vorschlag, die Mietzinsaufschläge dürften für das einzelne Jahr höchstens vier Prozent ausmachen und sollten innert vier Jahren 15 Prozent nicht übersteigen, sich durchaus im Rahmen des Verfassungsartikels bewegte und von seiten der Mieter eine weitgehende Konzession darstellte, hielt die bürgerliche Mehrheit stur an 5 beziehungsweise 20 Prozent fest. Man nimmt soziale Härten und eine Verteuerung der Lebenshaltung also ohne weiteres in Kauf und riskiert auch, daß die fünfte AHV-Revision in ihrer Wirkung für gewisse Kreise zum voraus illusorisch werden kann. Man schlug auch die eindrückliche Warnung des Genossen Leuenberger, des Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, in den Wind, daß mit der zu weitgehenden Lockerung eine weitere Entwertung unseres Frankens provoziert wird; denn die Erhöhung des Lebenskostenindexes wird ganz automatisch zu neuen Lohnforderungen und einer Gefährdung des Arbeitsfriedens führen. Auch ein Antrag auf wirksameren Kündigungsschutz fand keine Unterstützung. Einzig ein Zusatzantrag Schütz fand Gnade, wonach auch solche Einzelzimmer nicht von der Kontrolle auszunehmen sind, die drei oder mehr Personen Unterkunft bieten. Damit ist ein Mittel zur Steuerung von Mißbräuchen bei der Vermietung von Zimmern an ausländische Arbeiter geschaffen. Die ganze Vorlage ist aber derart unbefriedigend geblieben, daß die Sozialdemokraten in der Schlußabstimmung dagegen stimmten.

Wie schon in der letzten Chronik angetönt werden konnte, ist die *fünfte AHV-Revision* auf gutem Wege. Nachdem es bereits in der AHV-Kommision gelungen war, die für die alten Leute günstigere Lösung durchzusetzen, hat sich nun auch der Bundesrat in den von ihm beschlossenen Grundsätzen zur Revision diesen Empfehlungen angeschlossen. Danach sollen alle Renten der AHV und auch der Invalidenversicherung um durchschnittlich 25 bis 30 Prozent erhöht werden. Im gesamten kann mit einer Rentenerhöhung von 27 Prozent gerechnet werden. Zudem wird die wesentliche Bestimmung vorgesehen, daß künftig die Renten periodisch an die Preis- und Lohnbewegungen angepaßt werden können. Daß eine solche Lösung bei den Arbeitgeberorganisationen auf Widerstand stoßen wird, war vorauszusehen. So macht denn auch die rechtsbürgerliche Presse unter Führung der «Handelszeitung» bereits demagogisch Stimmung gegen die in Aussicht genommene Variante. Jedenfalls wird in den parlamentarischen Beratungen noch hart um die fort-

schrittliche Ausgestaltung der AHV-Revision gekämpft werden müssen. Positiv wird sich aber auch dabei die Tatsache auswirken, daß Genosse Bundesrat Tschudi mit seiner überragenden Sachkenntnis seiner bisherigen Konzeption das erforderliche Gewicht wird geben können. *Arthur Schmid*

Außenpolitik

Eine außenpolitische Chronik für eine Doppelnummer zu verfassen heißt Unmögliches versuchen. Entweder bleibt man bei einer reinen Aufzählung von Stichworten, was kaum von großem Wert ist, oder man verliert sich in einer Fülle von Betrachtungen, die schon gar nicht mehr gedruckt werden können. Für heute soll uns ein Mittelweg helfen: einige Themen seien zu kurzer Betrachtung herausgepickt, die Rasanz des politischen Geschehens dagegen sei durch eine (allerdings unvollständige) Aufzählung angedeutet. Der Leser mag dabei selber überlegen, was für Schlagzeilen und Leitartikel den jetzt nur gestreiften Ereignissen in «ruhigen Zeiten» gewidmet worden wären. Wir wollen uns die Bildung der neuen Führung in Amerika, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Kuba, das Referendum in Frankreich und die Ereignisse in Algerien, den Streik in Belgien, die Moskauer Deklaration und die Lage in Laos für eine Betrachtung außerhalb der reinen Aufzählung reservieren. Halten wir das übrige in Schlagworten fest:

In *Afrika* hat der Staatsstreich in Abessinien keinen Erfolg gehabt. Der Negus ist rasch zurückgekehrt und hat mit afrikanischer Härte durchgegriffen. Mauretanien ist, sehr zum Leidwesen Marokkos, unabhängig geworden, das heißt, es bleibt mit Frankreich enger verbunden, als das dem Sultan, der gerne eine eigene Kolonie gehabt hätte, lieb ist. Eine «Panafrikanische Konferenz» hat den neutralistischen Teil Afrikas in Casablanca vereinigt. Außer ein paar substanzlosen Resolutionen ist nichts herausgekommen. Die hochfliegenden Pläne gemeinsamer Außen- und Wehrpolitik werden schon daran scheitern, daß mehr als einer der ehrgeizigen Staatschefs das Oberkommando für sich reservieren möchte und sonst von gemeinsamen Aktionen absehen dürfte. Auch eine zentralafrikanische Konferenz in London, die die Lage östlich des Tanganjikasees ordnen sollte, bringt keine greifbaren Ergebnisse heraus.

In *Nordamerika* bringt jeder Herbst in einigen Orten mit dem Schulbeginn die Probleme der Rassenintegration neu an den Tag. Jahr für Jahr gewöhnen sich aber wieder eine schöne Anzahl von Städten und Dörfern daran, daß Weiße und Neger Menschen sind. In Venezuela ist es nahe an einer Staatskrise vorbeigegangen, in Argentinien hat ein Peronistenputsch

niedergeschlagen werden können. In *Lateinamerika* dürfte über kurz oder lang ein Aufstand gegen den nordamerikanischen Wirtschaftskolonialismus das Tagesgeschehen beherrschen wie heute in Asien und Afrika der Aufstand gegen den Kolonialismus Europas, wenn es nicht gelingen sollte, stabilere Verhältnisse zu schaffen.

In *Asien* haben die japanischen Wahlen gezeigt, daß die Demonstrationen gegen den Eisenhower-Besuch nicht eine Sache des ganzen Landes waren. Die Mehrheit der amerikafreundlichen Gruppen ist eindeutig. In Nepal hat der König seine Regierung abgesetzt und seinen Premierminister in Haft gesetzt. Der Weg zur Neuzeit macht auch auf dem Dach der Welt einige Schwierigkeiten. In Burma hat der chinesische Ministerpräsident Tschu En-lai mit U Nu ein ganz passables Grenzabkommen geschlossen. Es soll wohl den Auftakt zu Verhandlungen mit Indien über die ungelösten Himalaja-Fragen bilden. Rußland hat schließlich auch mit dem Staatsvertrag in Österreich die österreichische Wurst nach der deutschen Speckseite geworfen, was China jetzt als Vorbild genommen hat. In Israel ist der frühere Verteidigungsminister Lavon durch ein Ministerkomitee rehabilitiert worden. Ben Gurion, den offenbar hier persönliche Feindschaft vom andern Genossen aus der Gewerkschaftsbewegung trennt, kann sich damit nicht abfinden, kann aber kurz vor dem Eichmann-Prozeß nicht persönliche Gegensätze bis zur Regierungskrise kultivieren.

In *Europa* hat die OECD-Konferenz ein weiteres Mal über das problematische Verhältnis EFTA-EWG gesprochen. Chruschtschew hat Finnland den Beitritt zur EFTA erlaubt, was aber in dieser Gemeinschaft keine Begeisterung auslöst, denn Rußland würde dadurch via die finnische Meistbegünstigungsklausel selber alle Vorteile aus der EFTA für sich herausholen können, ohne selber Verpflichtungen einzugehen. Im Prozeß von Yassi Ada versuchen die heutigen Regenten der Türkei die Popularität des früheren Ministerpräsidenten Menderes zu zerstören, um bei allfälligen Wahlen keine Überraschungen zu erleben. Eine Krise in der regierenden Offiziersschicht selber hat zur «Versetzung» einiger Offiziere auf diplomatische Posten im Ausland geführt. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat Willy Brandt seine politische Konzeption mit großer Mehrheit durchsetzen können. Mit ihm käme im Falle eines Wahlsieges nicht nur die Opposition, sondern auch eine neue Generation ans Ruder, wie es dieser Tage in Amerika der Fall sein wird. Hätte man es vor 10, 20 oder 30 Jahren für möglich erachtet, daß die Deutschen einmal Stützpunkte in England erhalten könnten? Und das auf der Basis völliger Freiwilligkeit! Die NATO selber hat Atomwaffen erhalten und gilt nun neben den USA, der Sowjetunion und England als vierte Atommacht. Frankreich hat auch mit seinem neuesten Atombombenversuch in der Sahara die Aufnahme in den Atomklub nicht

erwirken können, hat sich aber dadurch viele Sympathien verscherzt. Bezeichnend ist der Umstand, daß das an und für sich gemäßigte Nigeria sofort die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich abgebrochen hat. In Dänemark hat die neue Koalitionsregierung der Sozialdemokraten und Radikalen ihr Amt angetreten. Norwegen hat sich gegen die Stationierung von Atomwaffen zur Wehr gesetzt. Und schließlich sei aus Osteuropa gemeldet, daß der Wirtschaftsdiktator der Rakosi-Regierung, Ernest Gerö, nach Budapest zurückgekehrt ist. Der heute noch amtierende Justizminister der Kadar-Regierung hat nach dem Aufstand von 1956 erklärt, wenn Gerö zurückkehren würde, dann käme er sofort vor Gericht. Davon ist heute nichts mehr zu vernehmen. Gleichzeitig vernimmt man aus Budapest aber, daß die Arbeitsnormen verschärft werden. Nur ein Zufall? Man könnte auch die verhältnismäßig «*unpolitischen Neuigkeiten*» kommentieren über das Zeitungssterben in England, über den Besuch des anglikanischen Erzbischofs Fisher beim Papst oder die Hochzeiten oder sonstigen freudigen Ereignisse beim Europa von gestern, bei den Fürstenhäusern. Doch davon liest der Schweizer in seinen republikanischen Illustrierten schon mehr als genug.

Eine Mahnung anderer Art stellen immer wieder Naturkatastrophen oder andere Unglücksfälle dar. Die beiden Flutwellen in Ostpakistan, die 12 000 Todesopfer gefordert haben, gehören zu den schlimmsten Schicksalsschlägen, die je ein Volk trafen. Auch die beiden Flugzeugunglücke in Neuyork und München, die Tote unter den Reisenden wie auf den Absturzstellen gefordert haben, sollten nicht so rasch vergessen werden. Der Verkehrsapparat unserer Zeit hat nicht nur im Hinblick auf immer größere Geschwindigkeiten ausgebaut zu werden, der Faktor Sicherheit und Menschenleben verdient ebenso große Beachtung. Auch der Brand eines Flugzeugträgers in Amerika hat einige Dutzend Todesopfer gefordert — unter den Arbeitern, nicht unter den Aktionären der Erstellerfirmen, die doch «allein das Risiko tragen».

In *Amerika* tritt das neue Team an. Kennedy hat seine Equipe mit Geschick zusammengestellt. Er hat mehr auf die Fähigkeit abgestellt und nur wenig Honorierung für Wahlhilfe geleistet. Das verspricht eine gute und zügige Politik. Bemerkenswert ist, daß Chruschtschew bereits eine mildere Tonart anschlägt. Kennedy fordert Opfer und will neben dem Ausbau der Armee die Hilfe an die Entwicklungsländer verstärken. Das ist gerade diejenige Politik, die man in Moskau nur ungern sieht und der man die Achtung nicht versagen kann. Es ist die wirkliche Politik der Stärke und nicht eine eitle Kraftmeierei. Daneben hat Kennedy vor allem für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu sorgen. Der Wirtschaftsrückgang in Amerika nimmt alarmierende Formen an.

Kuba hat die Übergangszeit genutzt und Amerika zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen provoziert. Die Beziehungen sind gespannter als je.

Fidel Castro hat mobilisiert und im Sicherheitsrat ein Feuerchen angezündet, das ein Strohfeuer war. Amerika aber muß einiges einstecken. Es kann nicht mehr wie zu Zeiten Theodor Roosevelts «zum dicken Stock» greifen, ohne ganz Lateinamerika gegen sich aufzubringen. Dieses Lateinamerika hat es in der UNO dringend nötig. Anderseits aber hat die Geduld der vom amerikanischen Monopolkapital gedrückten Süd- und Mittelamerikaner bald ein Ende, wenn es sich die USA einfallen ließen, mit primitiver Gewalt zuzuschlagen. Auch jenseits des Atlantiks ändern sich die Zeiten.

Für *Frankreich* hat de Gaulle seinen Referendumskampf zum gewünschten Ende geführt. Er hat die Zustimmung einer Dreiviertelsmehrheit im Mutterland und einer Zweidrittelsmehrheit in Algerien erreicht. Wie das algerische Ergebnis zustande kam, kann man sich vorstellen. Aber immerhin hat de Gaulle und das ist das Wichtige — gegenüber der eigenen Armee eine Rückendeckung erhalten, die bisher kein Ministerpräsident für seine Politik hatte. Wer die Algerier wählen läßt zwischen den drei aufgezeigten Möglichkeiten, hat heute das Volk hinter sich, und dagegen können auch fanatisierte Generäle nur schwer ankämpfen. Die Ultras geben sich weitgehend geschlagen. Sie haben sich zwar in den Straßenschlachten vom Dezember noch gezeigt, denken aber jetzt bereits an Verhandlungen mit Ferhat Abbas und versuchen, ihre Liegenschaften in Algerien zu verkaufen. Eine «Algérie musulmane» beginnt sich abzuzeichnen. Die Mittelmeerflotte, die während der Abstimmung mit sturmberreiten Kommandoeinheiten vor der algerischen Küste lag, dampft wieder zurück. Sie hat die Armee in Schach gehalten. Den Barrikadenprozeß wird die Geschichte als belanglose Episode am Rande weiten. Die Angeklagten selber, die zuerst als «Ehrenmänner» ihre Freilassung forderten, haben bald das Weite und ihren Unterschlupf bei Franco gesucht. Die Militärrichter haben ihre Großzügigkeit schlecht belohnt gesehen.

Erntekatastrophen in *China* und *Rußland* machen dem Ostreich zu schaffen. Wie weit dafür Naturereignisse, wie weit menschliches Versagen und wie weit unrealistische Planung die Ursache war, läßt sich im Augenblick nicht feststellen. Die massenweisen Absetzungen in Rußland lassen darauf schließen, daß es entweder Versager gab oder daß Sündenböcke für allerhöchste Fehldispositionen verantwortlich gemacht werden müssen.

Die *Moskauer Gipfelkonferenz* hat beinahe einen Monat gedauert und ist den eigenen Völkern erst nach Abschluß bekanntgegeben worden. Die Resolutionen bedeuten in der Hauptsache den Sieg des russischen vor dem chinesischen Standpunkt. Ob das in der Praxis eine Rolle spielt, steht auf einem andern Blatt, denn die russische *Intervention in Laos* ist bestimmt von der Angst diktiert, Rußland müsse operieren, wenn nicht China die Sache in die Hand nehmen solle. Und davor . . . hat man sogar im Kreml einige Angst.

Wohl zu einer Überraschung für die ganze westliche Welt ist der *Streik in Belgien* geworden. Vorerst Weihnachtsstreik genannt! Er dauert heute, Mitte Januar noch an und jetzt noch ist — wenigstens in Wallonien — kein Ende abzusehen. Auf der einen Seite eine christlichsozial-liberale Koalitionsregierung, die die Lasten infolge des Verlustes der Kongo-Einnahmen in der Hauptsache auf die Werktätigen abwälzen will, auf der andern Seite eine Arbeiterschaft, die kämpferische Energien entwickelt, die nicht unbedingt vermutet werden konnten. Der Umstand, daß das wirtschaftliche und soziale Problem von der Sprachenfrage, vom wallonisch-flämischen Gegensatz überlagert wird, gibt der Auseinandersetzung einen Affektgehalt von besonderen Ausmaßen. Es ist wohl als schlimmste Ursache die Starrköpfigkeit und Rücksichtslosigkeit einer Regierung zu nennen, die von ihrer Mehrheit im Parlament hemmungslosen Gebrauch machen will. Zu einer klugen Politik gehört es, die Mehrheitsentscheide so zu fällen, daß sie auch von der Minderheit akzeptiert werden können. Von diesem Grundsatz, der zum staatspolitischen Einmaleins gehört, scheint Herr Eyskens noch nie gehört zu haben. Er führt Belgien lieber an den Rand einer Staatskrise, als daß er einen Ausgleich sucht. Muß es so weit kommen, wie 1950, als die belgische Arbeiterschaft den Marsch nach Brüssel beschloß, bis ein gewisser Leopold auf seine Krone verzichtete?

Nur *eine* Bemerkung sei uns im Anschluß an die Ereignisse in Belgien gestattet. Als *nach dem Zweiten Weltkrieg* die Engländer unter einer Labourregierung und die Holländer unter einer sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung die Kolonien aufgeben und neben dem Wiederaufbau auch noch jene Einnahmenverluste «verkraften» mußten, da hat man die Politik der Einschränkungen, die damals nötig war, als Unfähigkeit der Sozialisten verhöhnt. Man hat in der ganzen bürgerlichen Presse auf das *Musterkind Belgien* hingewiesen. Dabei hat dieses Belgien seinen Nachkriegsstart nicht nur den relativ leichten Zerstörungen (der Hafen Antwerpen war als einer der wenigen an der Westküste Europas intakt), sondern vor allem den Dollarüberschüssen aus dem Uran Katangas zu verdanken gehabt. Wie wenig die Belgier selber gescheite Politik machen können, haben sie in der Kongofrage auf dem internationalen Parkett und mit dem Loi unique bei sich zu Hause bewiesen. So überlegen, wie man es einst haben wollte, ist liberale Politik denn doch nicht.